

An die  
An die Mitglieder des Landesvorstandes der  
Linkspartei.PDS Saarland

Potsdam, den 14.03.2007

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wenden uns an euch in der Frage der Diskussion zum Vorschlag von Familienministerin Ursula von der Leyen, bis zum Jahr 2013 die Zahl der Kindertagesbetreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf 750.000 zu erhöhen.

Wir sind sehr unglücklich über die derzeit laufende Diskussion. Durch euren Vorschlag für ein „Erziehungsgehalt“ sind wir als Partei in eine sehr schwierige Situation geraten. Der Landesvorstand der Linkspartei.PDS Brandenburg lehnt dieses Konzept ab. Aus unserer Sicht verstoßen die darin benannten Forderungen gegen bestehende Beschlüsse unserer Partei. Sowohl im Parteiprogramm der Linkspartei.PDS, als auch im Bundestagswahlprogramm, auf dessen Basis die Linksfraktion im Bundestag gewählt wurde, ist klar festgehalten, dass wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesbetreuungsplatz für jedes Kind, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, ganztägig und gebührenfrei, einsetzen. Diese Zielsetzung findet sich auch in den Eckpunkten für die zukünftige gemeinsame neue Partei DIE LINKE. In keinem dieser Papiere ist in diesem Zusammenhang jemals von einem Zwang gesprochen worden.

Durch Christa Müller als eure Wortführerin in dieser Sache wird unserer Partei damit nach unserer Auffassung großer Schaden zugefügt. Die Unterstützung der Aussage von Bischof Mixa, dass zusätzliche Kindertagesbetreuungsplätze die Frauen „zu Gebärmaschinen degradieren“ würde, ist dabei nur ein herausstechendes Beispiel für die Art und Weise eurer Öffentlichkeitsarbeit. Vor allem Wählerinnen und Wähler im Osten Deutschlands fühlen sich und ihre Lebensbiografie durch diese Diskussion vor den Kopf gestoßen und abgewertet.

Die Medien nutzen die Tatsache, dass es sich bei Christa Müller nicht allein um ein Linkspartei.PDS-Mitglied, sondern um die Ehefrau von Oskar Lafontaine handelt, um die Partei als ganzes vorzuführen. Dies gelingt auch dadurch, dass Christa Müller ungeachtet von Beratungen der Linksfraktion zu diesem Thema und eindeutigen Parteivorstandsbeschlüssen beider Parteien an ihrer Auffassung festhält und diese auch öffentlich als Auffassung der Linkspartei.PDS insgesamt darstellt. Die Linksfraktion als Oppositionskraft - auch gegen die Politik der Familienministerin, die für die Interessen der Wirtschaft und der Besserverdienenden in unserer Gesellschaft eintritt - wird in dieser Auseinandersetzung fast nicht mehr wahrgenommen. In mehreren Plenardebatten

nutzten die anderen Fraktionen im Bundestag euer Konzept und die Äußerungen von Christa Müller dazu, die LINKE lächerlich zu machen. Unseren AkteurInnen hingegen sind die Hände gebunden, da wir uns auch im Hinblick auf den Parteineubildungsprozess nicht den Vorwurf machen lassen wollen, dass eine Kritik an eurem „Erziehungsgehalt“ indirekt eine Kritik an Oskar Lafontaine wäre. Dies ist nach wie vor nicht der Fall.

Die Zustimmung von Frauen zu unserer Partei hat bereits bei der letzten Bundestagswahl aufgrund der von Männern dominierten Außenwirkung stark gelitten. Wir befürchten, dass solche Konzepte und Äußerungen in Bezug auf ein „Erziehungsgehalt“ und eine „Fremdbetreuung“ diesen Trend weiter verstärken werden. Gerade im Osten Deutschlands bricht der ehemals überproportionale Anteil von Frauen in der Wählerschaft ein und verkehrt sich in sein Gegenteil. Wir als Landesvorstand Brandenburg arbeiten hart, um diesen Trend hier in Brandenburg aufzuhalten und umzukehren.

Wir bitten euch, den konservativen Kräften in der Bundesrepublik mit dieser Debatte nicht weiter Vorschub zu leisten. Wir hoffen, dass die Gründung der AG LISA in eurem Landesverband dazu beiträgt, die Debatte wieder zu versachlichen und die Argumente in einer Form abzuwägen, die der Partei nicht mehr schadet. Wir möchten euch keine Meinung vorschreiben, das steht uns natürlich nicht zu. Aber wir sind Landesvorstände ein und derselben Partei und haben uns an dieselben Spielregeln wie Programme und Beschlüsse zu halten.

Mit sozialistischen Grüßen



Maria Strauß  
Landesgeschäftsführerin  
für den gesamten Landesvorstand der Linkspartei.PDS Brandenburg